



Niederschrift

90. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 28.05.2008
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:03 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	bis 18:35 Uhr
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Heinzl, Horst	CDU	
Herr Schröder, Michael	CDU	ab 18:25
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Buchholz, Dirk	BürgerBündnis	bis 18:35 Uhr
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	bis 18:35 Uhr
Herr Schliepe, Gregor	Die Andere	

Nicht anwesend sind:

Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	entschuldigt
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Herr Hütte, Tourismus Marketing Brandenburg GmbH
Herr Grebner, Klinikum „Ernst von Bergmann“
Frau Krusemark, SB Recht
Herr Zeretzke, Beteiligungssteuerung
Herr Frerichs, Frau Kleine, Bereich Wirtschaftsförderung
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 14.05.2008
- 2 Erstattung von Schülerfahrtkosten (Antrag DS 07/OBR/0059)
Vorlage: 07/SVV/0814
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 3 Gründung des Medizinischen Versorgungszentrums GmbH (MVZ) am Klinikum Ernst von Bergmann GmbH als 100%ige Tochtergesellschaft der Poliklinik Ernst von Bergmann GmbH (vormals Gesundheitszentrum Potsdam GmbH)
Vorlage: 08/SVV/0419
Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz
- 4 Neue Geschäftsordnung
Vorlage: 08/SVV/0395
Fraktion SPD
- 5 Quartiersmanagement
Vorlage: 08/SVV/0440
Fraktion DIE LINKE
- 6 Besetzung der Stelle 904 000 05 Behindertenbeauftragte/Behindertenbeauftragter
Vorlage: 08/SVV/0520
Oberbürgermeister, ervicebereich Verwaltungsmanagement
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.1 Zwischenbericht "Auswirkungen des Urteils des OLG Düsseldorf"
Vorlage: 08/SVV/0495
Oberbürgermeister, Servicebereich Recht
 - 7.2 Klima-Bündnis-Aktivitäten
Vorlage: 08/SVV/0529
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
 - 7.3 Information zur Umsetzung des Beschlusses 08/SVV/0233 - Begleitung Verkehrsumbau
- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 14.05.2008**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, den Tagesordnungspunkt 2 zurückzustellen und gemeinsam mit dem Ergebnis der Prüfung zur Einführung eines Geschwistertickets gemäß DS 08/SVV/0322 zu behandeln. Ebenfalls zurückgestellt werden soll der Punkt 5, da der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen diesen noch nicht behandelt habe. In die Tagesordnung aufgenommen werden soll eine Mitteilung zum weiteren Verfahren bezüglich der Haushaltssatzung und in diesem Zusammenhang eine von Herrn Dr. Scharfenberg erbetene Information zu den Steuereinnahmen sowie eine Information zum Thema „Geschäftsführer Luftschiffhafen“. Herr Dr. Scharfenberg informiert, dass er unter dem Punkt „Sonstiges“ Nachfragen zum Stand der Besetzung der Stelle des Fachbereichsleiters Stadterneuerung und Denkmalpflege und zum weiteren Umgang mit den ehemaligen Beschäftigten des Potsdamer Tierheims habe. Mit den genannten Änderungen und Erweiterungen wird der öffentliche Teil der Tagesordnung einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 89. Sitzung vom 14. Mai 2008 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 2 **Erstattung von Schülerfahrtkosten (Antrag DS 07/OBR/0059)**

Vorlage: 07/SVV/0814

Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

zurückgestellt

zu 3 **Gründung des Medizinischen Versorgungszentrums GmbH (MVZ) am Klinikum Ernst von Bergmann GmbH als 100%ige Tochtergesellschaft der Poliklinik Ernst von Bergmann GmbH (vormals Gesundheitszentrum Potsdam GmbH)**

Vorlage: 08/SVV/0419

Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz

Herr Grebner bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Gründung des MVZ am Klinikum Ernst von Bergmann GmbH zum nächstmöglichen Zeitpunkt als eine 100%ige Tochtergesellschaft der Poliklinik Ernst von Bergmann GmbH (vormals Gesundheitszentrum Potsdam GmbH) mit dem Zweck des Betriebes eines Medizinischen Versorgungszentrums gem. § 95 SGB V.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 5

Herr Schubert bringt die Vorlage ein und betont, dass die verbleibende Zeit bis zur Kommunalwahl genutzt werden solle, um Vorschläge aus den Fraktionen zu sammeln, die dazu beitragen können, die Sitzungen zu verkürzen. Das Ergebnis solle der neu gewählten Stadtverordnetenversammlung zur Zeitersparnis bei der Erarbeitung ihrer neuen Geschäftsordnung an die Hand gegeben werden. Frau B. Müller informiert über eine diesbezügliche Verständigung im Präsidium, die im Ergebnis den Ausführungen von Herrn Schubert entspreche. Die neu gewählte Stadtverordnetenversammlung müsse ohnehin selbst über Änderungen in der Geschäftsordnung beschließen, so dass die Vorschläge nur gesammelt und dann weitergegeben werden können. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er der Diskussion über zu viel gestellte Anträge, „völlig durchgeknallte“ Stadtverordnete u.ä., nicht folgen könne. Die Stadtverordneten nehmen ihre Verpflichtungen sehr ernst und die Ausschöpfung des Zeitvolumens müsse nicht negativ gesehen werden. Die Fraktion SPD habe die Verwaltung „am Tisch“ und könne ihre Fragen dort klären; das sei bei anderen Fraktionen nicht so und müsse in der Sitzung abgearbeitet werden. Auch er könne auf den Bericht des Oberbürgermeisters verzichten – zumindest in der jetzigen Form, denn alles, was in diesem Rahmen gesagt werde, habe ohnehin schon in der Presse gestanden. Dafür sollte eine andere Form gefunden werden, um den Verpflichtungen seitens des Oberbürgermeisters nachzukommen, den Stadtverordneten die Informationen an die Hand zu geben, die sie benötigen. Darüber hinaus hätten die vergangenen zwei Anläufe zur Änderung der Geschäftsordnung in diesem Sinne gezeigt, dass das ein sehr aufwendiges Verfahren sei und er denke, dass die Stadtverordneten jetzt andere Sorgen haben, als die im Antrag formulierten. Da er den Intentionen des Antrags nicht folgen könne, werde er diesem auch nicht zustimmen. Herr Schubert weist die Äußerungen bezüglich der „durchgeknallten“ Stadtverordneten zurück, da er das nie gesagt habe und es darum auch nicht gehe. Seine Fraktion habe im Vorfeld den Vergleich zu anderen Städten gesucht und dabei festgestellt, dass die Landeshauptstadt bezüglich der Länge der Sitzungen und der Anzahl der Fraktionsanträge Spitzenreiter sei. Sicher gebe es in anderen Städten auch eine andere Herangehensweise, die man unterschiedlich bewerten könne, trotzdem sollte das geprüft und eventuelle Änderungsvorschläge gesammelt werden. In diesem Sinne ändert er den Antrag, so dass „Erarbeitung von Vorschlägen“ ersetzt wird durch „Sammeln von Vorschlägen“; diese Formulierung treffe das Anliegen besser.

Der Oberbürgermeister entgegnet auf die Äußerung von Herrn Dr. Scharfenberg, bezüglich des Berichts des Oberbürgermeisters, dass auch er darauf verzichten könne und „leidenschaftslos“ sei. Die Fraktionen hätten im Ältestenrat die Möglichkeit, Themen zu bestimmen; davon werde allerdings höchst selten Gebrauch gemacht.

Herr Schliepe fragt nach, ob es rechtens sei, dass die Stadtverordnetenversammlung das Präsidium beauftrage, da dieses ja auch aus Stadtverordneten bestehe. Herr Exner entgegnet, dass er hier keine Schwierigkeiten sehe, denn soweit sich die Vorschläge im Rahmen der Gemeindeordnung und später dann der Kommunalverfassung bewegten, habe er keine rechtlichen Bedenken.

Frau B. Müller beantragt, die diesbezügliche Äußerung des Oberbürgermeisters, dass „alles, was nicht ausdrücklich verboten, erst einmal erlaubt sei“, in das Protokoll aufzunehmen und betont nochmals, dass die neu gewählte Stadtverordnetenversammlung entscheiden müsse, ob sie den jetzt gesammelten Vorschlägen

folgen wolle. Herr Schüler betont, dass die Führung einer Geschäftsordnungsdebatte für die Zukunft keinen Sinn habe und bittet, den von Herrn Schubert geänderten Antrag zur Abstimmung zu stellen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt das Präsidium der Stadtverordnetenversammlung, **Vorschläge** für eine neue Geschäftsordnung für die kommende Wahlperiode **zu sammeln**. Ziel der Vorschläge soll eine Verkürzung der Sitzungslänge und ein späterer Beginn der Sitzung sein.

Über die Vorschläge soll in der Sitzung der SVV im September 2008 Bericht erstattet werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 4

zu 5 Quartiersmanagement
Vorlage: 08/SVV/0440
Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 6 Besetzung der Stelle 904 000 05 Behindertenbeauftragte/Behindertenbeauftragter
Vorlage: 08/SVV/0520
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein. Frau Dr. Müller fragt anschließend nach, ob sich die Ausschreibung an der Dienstordnung des Behindertenbeauftragten orientiere, da es ihr trotz intensiver Recherche nicht gelungen sei, diese „aufzutreiben“ und ob die Eingruppierung der bisherigen entspreche. Der Oberbürgermeister beantwortet den zweiten Teil der Frage mit ja; bezüglich der Ausschreibung gehe er davon aus, dass diese der Dienstordnung entspreche. Auf Vorschlag von Frau B. Müller sagt er zu, die Dienstordnung mit dem Protokoll der Sitzung nachzureichen.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle Behindertenbeauftragte/Behindertenbeauftragter Kennziffer: 904 000 05 vorläufiger Stellenwert E10 TVöD/TVÜ-VKA (vergleichbar mit Vergütungsgruppe IV a Fg 1 a BAT-O) wird zunächst befristet für 2 Jahre und mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 36 Stunden extern ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Zwischenbericht "Auswirkungen des Urteils des OLG Düsseldorf"
Vorlage: 08/SVV/0495

Zu der vorliegenden Mitteilungsvorlage fragt Herr Dr. Scharfenberg nach, welche konkreten Auswirkungen das Urteil des OLG Düsseldorf bisher gehabt habe, d. h. wie viele Fälle es bisher gebe, die davon betroffen seien und wie jetzt die Entscheidung zum Brockeschen Haus aussehen würde, da es zu dem Urteil mittlerweile unterschiedliche Meinungen gebe, wie z. B. die vom Städte- und Gemeindebund.

Herr Exner betont in seiner Antwort, dass es immer eine Einzelfallprüfung geben werde und soweit keine Risiken bestehen, eine pragmatische Behandlung des Falls erfolge. Die Zahl der „Fälle“ habe er nicht gezählt, aber viel mehr als die bisher bekannten werden es wohl nicht sein. Bezüglich der Behandlung des Brockeschen Hauses hätte sich auch aus der jetzigen Sicht nichts geändert, denn das Urteil des OLG Düsseldorf gelte nach wie vor und werde „risikorelevant“ Berücksichtigung finden. Auf die Nachfrage von Herrn Schröder, ob es etwas Vergleichbares wie das Brockesche Haus gegeben habe, antwortet er, dass das vorkomme, aber bezüglich der „Betrachtung nicht in der Schärfe und der Konsequenz“. Auf die Nachfrage von Herrn Schliepe, ob auch das Espengrund-Gymnasium davon betroffen sei, verweist Herr Exner auf die mit dem Gebäude zu übernehmende Bauverpflichtung und die damit verbundenen Höhe der Summe, die im Ergebnis dazu führe, dass das Urteil hier zu berücksichtigen sei.

Eine Möglichkeit, das Urteil zu unterlaufen, wie von Herrn Dr. Scharfenberg angefragt, gebe es nicht bzw. sei wegen der rechtlichen Konsequenzen nicht zu empfehlen.

zu 7.2 Klima-Bündnis-Aktivitäten

Vorlage: 08/SVV/0529

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Information zur Umsetzung des Beschlusses 08/SVV/0233 - Begleitung Verkehrsombau

Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert über das beim Sanierungsträger angesiedelte Projektmanagement, welches mit den Fachbereichen der Verwaltung zusammenarbeite und über die Einrichtung eines Bürgertelefons, das rund um die Uhr geschaltet sei. Bei gravierenden Störungen agiere das Team mit den Baufirmen umgehend und bemühe sich ansonsten um eine rechtzeitige Information zu den bevorstehenden Maßnahmen. Darüber hinaus berate jeden Freitag die „Baustellenrunde für Verkehr“ und nehme eine gesamtstädtische Einschätzung der Auswirkungen der einzelnen Baumaßnahmen vor. Darin seien jetzt auch die Betrachtungen eingeschlossen, wie kleinere Maßnahmen eingeordnete werden, um mit den großen Baustellen nicht zu kollidieren.

Auf die Nachfrage von Herrn Schliepe bestätigt Frau Dr. von Kuick-Frenz, dass ein Anrufbeantworter beim Bürgertelefon geschaltet sei, da nicht 24 Stunden am Tag ein Mitarbeiter dafür gebunden werden könne. Gesichert sei auf jeden Fall eine schnelle Beantwortung der Anfragen und Beschwerden.

neu weitere Verfahren zur Haushaltssatzung 2008

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass die entsprechenden Vorlagen in die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung unter der Maßgabe einer schnellen Beschlussfassung und Genehmigung aufgenommen wurden. Er habe alle Fraktionsvorsitzenden für den kommenden Montag eingela-

den, um deren Vorstellungen noch einmal abzuwägen. Er gehe aber davon aus, dass alle Änderungsvorschläge mit einer Deckungsquelle versehen werden. Da u. a. die Stellen für zusätzliche Schulsozialarbeiter das Thema war, an dem der Haushalt gescheitert sei, habe die Verwaltung eine Verständigung im Jugendhilfeausschuss vorgeschlagen und werde dazu selbst einen Vorschlag unterbreiten. Ebenso werde zum Thema „Schulessen“ eine Modifizierung erfolgen; hierzu habe man die Verfahren anderer Städte mit in die Prüfung einbezogen. Er betont, dass in anderen Städten mit unterschiedlichen Verfahren, die Effekte eines kostengünstigeren oder kostenlosen Schulessens nicht nachweisbar seien. Der dazu gefasste Beschluss der Stadtverordnetenversammlung sei weiter zu diskutieren und zu evaluieren. Insofern hoffe er auf eine einvernehmliche Regelung und Verständigung. In diesem Zusammenhang habe Herr Dr. Scharfenberg um eine Information bezüglich der zu erwartenden Steuereinnahmen gebeten, die Herr Exner im Anschluss erläutern werde. Er meine aber, dass damit nicht zu erwarten sei, dass das Anliegen in einem „günstigeren Licht“ erscheine.

Herr Exner verweist eingangs darauf, dass für die nächste Sitzung der StVV eine neue Drucksache-Nummer vergeben und eine neue Vorlage eingereicht worden sei, da die Haushaltssatzung am 21.05.08 abgelehnt wurde. In der neu eingereichten Satzung habe die Verwaltung alle Änderungen und Ergänzungen, die sie selbst betreffen sowie alle vom Ausschuss für Finanzen zur Annahme empfohlenen mit aufgenommen, so dass die „schwarze Null“ gesichert sei. Bezüglich der zu erwartenden Steuereinnahmen erläutert er schriftlich ausgereichte Materialien. Er betont, dass die dem Entwurf der Haushaltssatzung zugrundeliegenden Zahlen auf sorgfältigen Steuerschätzungen und auf der Grundlage der Erfahrungen der letzten Jahre beruhen. Er erläutert im Einzelnen die Steuerarten Grundsteuer B, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer und den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer sowie deren Höhe, die für 2008 zu erwarten sei. Gleichzeitig werden Risiken und Faktoren erläutert, die diese beeinflussen könnten. In diesem Zusammenhang betont Herr Exner, dass auch die Nachhaltigkeit der Steuereinnahmen nicht sicher sei und demzufolge Änderungen, die über mehrere Jahre Auswirkungen auf den Haushalt haben, „schwierig“ seien.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass er sich über die „Einsichtigkeit“ des Oberbürgermeisters freue und damit die Grundlage für einen Haushaltsbeschluss geschaffen wurde. Er betont, dass die Fraktion DIE LINKE einen beschlossenen Haushalt wolle und das auch für möglich halte. Er wolle konkrete Zahlen für 2007 und das I. Quartal 2008 haben und meine, dass die Einkommenssteuerentwicklung für Potsdam „nach oben gehe“, was dazu berechtige, über die Größenordnungen der Änderungsanträge aus der letzten Sitzung positiv zu entscheiden. Herr Exner entgegnet, dass er nicht auf den Jahresabschluss vorgreifen und Zahlen nennen wolle, die im Endeffekt nicht haltbar seien. Außerdem liege die Betonung auf „Nachhaltigkeit“ und das sei es, was zur Vorsicht mahne. Die Ergebnisse für das I. Quartal lägen noch nicht vor; er könne sie jedoch nachliefern. Der Oberbürgermeister verweist auf die immer noch fehlende Eröffnungsbilanz, so dass man nicht wisse, ob man „darüber“ oder „darunter“ liege. Das mache den Haushalt „unwägbar“ und mahne zur Zurückhaltung.

Herr Schliepe meint, dass seine Änderung bezüglich der Deckungsquellen und der Angabe, diese in zusätzlichen Steuereinnahmen zu suchen, nicht falsch gewesen sei. Da in der neuen Haushaltssatzung nur die Änderungen der Verwaltung selbst und die vom Ausschuss für Finanzen zur Annahme empfohlenen übernommen wurden, erneuere er seine Kritik einer starken Ungleichbehandlung zwischen den „verwaltungsnahen“ und den „verwaltungsfernen“ Fraktionen. Die Übernahme dieser Änderungen und Ergänzungen zementiere genau das, weil mögliche Deckungsquellen dadurch bereits aufgebraucht seien. Dem widerspricht

der Oberbürgermeister, denn es habe auch die Zustimmung zu Änderungsvorschlägen aus anderen Fraktionen gegeben. Er fordert dazu auf, weitere Änderungen konkret zu untersetzen und sichert eine konstruktive Begleitung seitens der Verwaltung zu.

Herr Schüler führt aus, dass die Fraktion Grüne/ B 90 einige Änderungen deshalb abgelehnt habe, weil sie Auswirkungen auf mehrere Haushaltsjahre gehabt hätten und keine Deckung vorhanden gewesen sei. Von einer Kurzschlussreaktion seiner Fraktion könne da keine Rede sein.

Herr Schubert verweist abschließend auf die im schriftlichen Material ausgewiesene Entwicklung der Schulden, die eine eventuelle positive Entwicklung der Steuereinnahmen in einem anderen Licht erscheinen lasse. Bevor neue „Wohltafen“ verteilt würden, gelte es, die Schulden abzubauen.

neu Geschäftsführer Luftschiffhafen

Bezugnehmend auf den Beschluss der StVV – 07/SVV/1060 - und der darin enthaltenen Festlegung, die Stelle des Geschäftsführers der Tochtergesellschaft der PRO Potsdam auszuschreiben und die Entscheidung über die Erstbestellung des Geschäftsführers durch die Stadtverordnetenversammlung treffen zu lassen, führt der Oberbürgermeister aus, dass in der Satzung der Pro Potsdam nicht geregelt sei, dass Gremien über eine Besetzung von Töchtern der Holding Mitsprache haben. Die Besetzung erfolge durch den Gesellschafter; in diesem Fall Herrn Müller-Zinsius und Herrn Westphal, unter Vorbehalt des Gesellschafters Herrn Exner. Im § 10 des Gesellschaftsvertrages der Pro Potsdam seien die Zuständigkeiten des Aufsichtsrates geregelt, die sich allerdings auf die Pro Potsdam beziehe und nicht auf deren Töchter. Im Weiteren bedarf es bei jeder Neugründung eines Gründungsgeschäftsführers. Auf Beschluss des Aufsichtsrates der Pro Potsdam vom 28. Februar 2008, eine neue Gesellschaft zur möglichen Übernahme der Geschäfte des Luftschiffhafens zu gründen oder zu erwerben, erfolgte durch den Gesellschafter die Vorbereitung der Gründung. Die notwendige Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung erfolgte am 21. Mai 2008 und im Rahmen dieser Sitzung habe er darüber informiert, dass Herr Müller-Zinsius als Geschäftsführer für die neue Gesellschaft vorgesehen sei. Am 22. Mai 2008 entschied der Gesellschafter Herr Exner über die Neugründung der Gesellschaft, womit die notwendigen formalen Schritte eingeleitet wurden. Die Gründung der Luftschiffhafen GmbH wurde am heutigen Nachmittag beim Amtsgericht eingetragen – Geschäftsführer seien Herr Müller-Zinsius und Herr Nicke.

Bezüglich der Diskussion um Herrn Klemund sei festzustellen, dass er mit einstimmigem Beschluss der Trägerversammlung neuer Leiter des Olympiastützpunktes sei und am 01. Juni 2008 seine Arbeit dort aufnehmen werde.

Herr Dr. Scharfenberg bittet um eine nachvollziehbare Übermittlung, wann und durch wen die Entscheidung zur Besetzung getroffen wurde. Daraufhin erläutert der Oberbürgermeister die o. g. Ausführungen und fügt hinzu, dass er sich evtl. etwas missverständlich im Rahmen der Diskussion in der StVV ausgedrückt haben könnte. Auf den Hinweis von Herrn Dr. Scharfenberg, dass es einen Beschluss der StVV zur Ausschreibung gebe, entgegnet der Oberbürgermeister, dass die Besetzung Pragmatismus sei und in der Art auch in allen anderen Gesellschaften so gehandhabt werde. Herr Schüler betont, dass der Oberbürgermeister an den Beschluss gebunden sei und auch wenn es jetzt einen Gründungsgeschäftsführer gebe, eine Ausschreibung erforderlich sei. Auf die Nachfrage von Herrn Heinzl nennt der Oberbürgermeister die Mitglieder im Trägerverein wie den Deutschen Sportbund, den Landessportbund Brandenburg, das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, die Lan-

deshauptstadt Potsdam, den Schulleiter der Sportschule Potsdam, das Bundesministerium der Verteidigung, den Olympischen Sportclub Potsdam e. V., die Potsdamer Ruder-Gesellschaft e. V., den Sportclub Potsdam e. V., den Universitäts Judo- und Kampfsportclub Potsdam e.V., den 1. Frauenfußball-Club Turbine Potsdam und die Sporthilfe Brandenburg. Die Nachfrage, ob diese auch die Finanzierung tragen, wird bejaht.

Herr Dr. Scharfenberg bittet nochmals um eine eindeutige schriftliche Darlegung und kündigt an, das „so nicht auf sich beruhen“ zu lassen.

zu 8 Sonstiges

Der Oberbürgermeister informiert eingangs, dass die Informationen zur Anzahl der Akteneinsichtsanhträge beim KIS und der Rechtsauffassung zur Akteneinsicht bei Gutachten heute nicht gegeben werden können und dies zur nächsten Hauptausschusssitzung nachgereicht werde.

Stellenausschreibung FB 49

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg zum Stand der Stellenausschreibung des Fachbereichsleiters Stadterneuerung und Denkmalpflege führt Frau Dr. von Kuick-Frenz aus, dass die Ausschreibung regional und überregional erfolgt und 34 Bewerbungen eingegangen seien. Davon seien 5 Bewerber ausgewählt und zu einem strukturierten Interview zum 06. Juni 2008 eingeladen worden. Eine Vorstellung der Kandidaten sei am 16. bzw. 23. Juni, spätestens jedoch am 30. Juni in den Fraktionssitzungen möglich; eine Beschlussfassung in der StVV am 02. Juli. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wer die Vorauswahl getroffen habe, antwortet Frau Dr. von Kuick-Frenz, dass sie auf Grundlage einer Kriterienliste die Bewerber ausgewählt habe.

Zu seiner Bitte, auch Vertretern der StVV die Teilnahme an den Interviews zu ermöglichen, werde es einen Verfahrensvorschlag über den Ausschuss für Stadtplanung und Bauen geben, so der Oberbürgermeister.

Personalsituation Tierheim

Frau E. Müller verweist auf ihre Ausführungen in der letzten Sitzung des Hauptausschusses und die nach wie vor bestehenden Angebote der Verwaltung zur Übernahme der Mitarbeiter des ehemaligen Tierheims. Insofern sehe sie keine Unterschiede zu dem Bericht in der MAZ. Nach wie vor seien die vor dem Arbeitsgericht anhängigen Klageverfahren abzuwarten. Sie betont, dass es bei den Angeboten der Stadt nicht um die Fortsetzung, sondern um die Bildung eines neuen Arbeitsverhältnisses gehe. Nach Abschluss der Klagen entscheide jeder betroffene Mitarbeiter selbst, ob er einen Arbeitsvertrag mit der Stadt abschließen wolle oder nicht. Die Stadt werde auch nicht auf die Betroffenen zugehen, die müssten ihr Interesse selbst bekunden.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob eine gleichwertige Beschäftigung gewährleistet sei oder „irgendeine“ angeboten werde, antwortet Frau E. Müller, dass Angebote unterbreitet werden, die Stadt aber keine Aufgaben bezüglich der Tierpflege anbieten könne. Dies, so der Oberbürgermeister, sei nicht das Kernproblem. Der Arbeitgeber sei bisher der Tierschutzverein und nicht die Stadt. Nun könne man die Stadt nicht in die Position bringen, dass sie statt des Tierschutzvereins zahlen müsse. Die Bereitschaft der Stadt bestehe, aber erst seien die Ansprüche gegenüber dem Tierschutzverein geltend zu machen.

Sachstand off-line

Frau Dr. Müller verweist auf den letzten Informationsstand zum offline, der in einer Mitteilungsvorlage im Dezember vergangenen Jahres zur Kenntnis gegeben wurde, verbunden mit der Zusage, einen aktuellen Sachstand im I. Quartal 08 zu geben. Frau E. Müller entgegnet, dass eine entsprechende Vorlage für den Jugendhilfeausschuss im Geschäftsgang sei und im Juni vorgelegt werde.

Villa Grenzenlos

Frau B. Müller bittet, bei der Behandlung der Mitteilungsvorlage zur Villa Grenzenlos sowohl Herrn Erdmann als auch Frau Voigtländer einzuladen.

Toleranzedikt

Herr Heinzel fragt nach, wie sich die Ereignisse an der Uni in Potsdam bezüglich des Vortrags der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen Frau Erika Steinbach in die Diskussion zum Toleranzedikt einfügen lassen und ob eine Auswertung mit Polizei und Universität vorgesehen sei. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass er sich erst sachkundig machen und dann urteilen wolle. Darüber hinaus sei die Diskussion eher an der Universität selbst zu führen.